Nr. 270. XXXIII. Jahrgang **Abend-Ausgabe.** Montag, 30. Mai 1904.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Die Wurzel des Uebels.

Seit Jahren werden in dem der Umsturzgelüste gewiß unverdächtigen preußischen Landtage lebhafte Klagen über die mangelhafte Vorbildung und die ungenügenden Leistungen der höheren Verwaltungsbeamten erhoben. Seit Jahren müht man sich, dem jungen Nachwuchs eine tiefere Bildung und ein größeres Verständnis für das praktische Leben mit auf den Weg zu geben. Aber die Versuche schlugen fehl und mußten fehlschlagen, weil man den Pelz waschen wollte, ohne ihn naß zu machen. Man versuchte, an einzelnen Aeußerlichkeiten herumzubessern, um den Eindruck zu erwecken, als ob etwas geschehe, während man das System selbst, dessen Ausfluß nur die Unzulänglichkeit unseres Verwaltungsapparats ist, nicht einmal mit Handschuhen anzufassen wagte.

Wo die Wurzel des Uebels liegt, das zeigt die Zuschrift eines höheren Beamten an den „Hann. Kur." Das Blatt hatte über den Verbrauch an Kräften in der Beamtenschaft einige Bemerkungen gemacht. Die Zuschrift nimmt darauf Bezug, indem sie bei einer Erörterung jenes Themas vor allem folgende Punkte und Fragen berücksichtigt wissen will:

„Wo will man denn in höheren Beamtenkreisen heute noch starke Charaktere finden, Leute, die unter Einsetzung ihrer Persönlichkeit es gegebenenfalls auf „Biegen oder Brechen" ankommen lassen?"

„Warum soll der Inhaber eines höheren Beamtenpostens immer noch in der Regel von Adel sein?"

„Warum bildet die Zugehörigkeit zu einer konservativen Partei immer noch die Regel?"

„Welches Befremden hat es nicht bei den Regierungspräsidenten und Landräten der Provinz Hannover erregt, als ein Bennigsen, nächst Bismarck zweifellos doch der größte deutsche Staatsmann des vorigen Jahrhunderts, Oberpräsident der Provinz wurde?"

„Welches Staunen würde es heute wohl erregen, wenn ein preußischer Landrat als Abgeordneter einer liberalen Partei beitreten würde?"

In diesen Punkten dürfte zureichend angedeutet sein, weshalb die höheren Verwaltungsbeamten in ihren Leistungen so viel zu wünschen übrig lassen. Ein Mann von Rückgrat, ein starker Charakter, hat heute sehr geringe Aussichten, es zu etwas zu bringen. Nur zu leicht stößt man an, wenn man etwas Bestimmtes will und auch die Energie hat, es durchzusetzen. Man will gefügige Diener, die jede Wendung des Kurses eifrig mitmachen und in ihrer Haltung nach oben die Geschmeidigkeit des Rückens nicht vermissen lassen. So ist der fruchtbare Boden für die Auswüchse der Streberei mit allen ihren unsympathischen Nebenerscheinungen gegeben.

Auch der beschränkte Kreis der für den höheren Verwaltungsdienst in Betracht kommenden Gesellschaftsklassen trägt dazu bei, die Auswahl der Tüchtigen zu erschweren. Der Verfasser der Zuschrift weist mit Recht darauf hin, daß die Inhaber der höheren Posten in der Regel von Adel sind. Aber auch für die niederen Posten wird viel weniger auf tüchtige Vorbildung und Charakterfestigkeit gesehen als auf gute Familie, gute Gesinnung und nicht zuletzt auf die Konfession. Man weiß, daß daneben auch gute Konnexionen eine Rolle spielen. Die Zugehörigkeit zu einem feudalen Korps gibt von vornherein die Gewähr einer aussichtsreichen Karriere in der Verwaltung.

In früheren Jahrzehnten ist es vorgekommen, daß gelegentlich auch ein höherer Beamter aus seiner liberalen Gesinnung kein Hehl machte. Das ist heute vorbei. Wer liberal denkt — und es gibt selbstverständlich auch heute manchen gut liberalen Mann in der Verwaltung —, der hütet sein Geheimnis in seines Busens tiefstem Schrein. Weiß er doch nur zu gut, daß er kaltgestellt würde, wenn er etwas davon verlauten ließe. Er heult notgedrungen mit den Wölfen.

Daß es in der bisherigen Weise nicht weiter geht, wenn nicht die Staatsmaschine völlig zum Stocken kommen soll, darüber ist heute eigentlich alle Welt einig. Wir brauchen frisches Blut und festes Rückgrat in der Verwaltung. Aber trotzdem geschieht nichts, weil das Beamtentum allmählich zum Selbstzweck geworden ist und jeden Eingriff von außen erbittert abwehrt. Hat doch die Kanalrebellion gezeigt, daß selbst die Regierung machtlos der Beamtenhierarchie gegenübersteht. Hier hilft es deshalb auch nichts, allgemeine Klagen anzustimmen. Das einzige Heilmittel liegt in einer Stärkung des Liberalismus. Erst wenn der Liberalismus den ihm gebührenden Einfluß auf Staat und Reich wieder zurückgewonnen hat, wird er auch die Wurzeln des Uebels ausrotten können, an denen unsere Verwaltung leidet.

• Die Unterhändler **Oesterreich-Ungarns** für die Erneuerung des **Handelsvertrages mit Deutschland** werden am heutigen Montag hier durch den Botschafter v. Szögheny-Marich im Reichskanzleramte vorgestellt werden, um dann mit den deutschen Unterhändlern in Verkehr zu treten. Die meritorischen Verhandlungen dürften morgen oder Mittwoch beginnen und voraussichtlich ungefähr zwei Wochen in Anspruch nehmen. Die Fortsetzung der Verhandlungen, welche für Ende Juli in Aussicht genommen ist, wird in einer kleineren deutschen Stadt erfolgen, nachdem das österreichische Kabinet einem dahingehenden Vorschlage zugestimmt hatte, unter der Voraussetzung, daß für die Gründlichkeit der Beratungen hieraus kein Nachteil erwachse. Es hatte sich nämlich bei den letzten Handelsvertragsverhandlungen in München der Uebelstand ergeben, daß bei der für Oesterreich-Ungarn so wichtigen Beratung über die Veterinärkonvention von den deutschen Unterhändlern erklärt wurde, die entsprechenden Fachmänner seien nicht zur Stelle.

• Das viel besprochene Thema der **Stillegung von Zechen** kam auch auf der gestern in Steele bei Essen abgehaltenen Hauptversammlung des Christlichen Bergarbeiterverbandes Deutschlands zu eingehender Erörterung. Der Vorsitzende des Verbandes, Landtagsabgeordneter Brust, erklärte in seinem Referat unter anderem:

Wenn die Verschmelzung der Zechen so weiter gehe, so werde man in etwa 10 Jahren nur noch drei oder vier große Bergwerksgesellschaften haben, die Harpener, Gelsenkirchener und Stinnes.

Der Redner empfahl schließlich die Annahme einer Resolution, in der die Regierung zu ausgiebigem Schutz der Beteiligten gegen die gemeinschädliche Politik des Kohlensyndikats aufgerufen wird. Weiter fordert die Resolution:

1. Den Erlaß eines Gesetzes, welches das Gebahren der Syndikate und Kartelle regelt. Insbesondere müssen die Verhandlungen und Beschlüsse der Kartelle und Syndikate der Kontrolle der Staatsregierung unterstellt, eventuell bis zu einer gewissen Grenze von deren Genehmigung abhängig gemacht werden.

2. Die Schaffung einer Konkurrenz neben den Syndikaten, sei es, daß der Staat selbst Betriebe übernimmt respektive vorhandenes Staatseigentum erweitert auf den Gebieten, auf denen sich Monopole der Syndikate herausbilden — diese Forderung erheben wir insbesondere hinsichtlich des Berghaues —, oder aber, daß der Staat durch geeignete Preisfixierungen in seinen Betrieben, durch entsprechende Tarifpolitik auf den deutschen Eisenbahnen, oder durch ähnliche Mittel vorhandene andere Konkurrenz unterstützt.

3. Angesichts der gewaltigen Macht der in den Syndikaten vereinigten Unternehmer müssen die Arbeiter im Interesse einer gesunden sozialen Entwickelung um so nachdrücklicher freies Koalitionsrecht und gesetzliche Anerkennung ihrer Berufsvereine verlangen.

Die Resolution fand Annahme. Von Interesse waren aus den Verhandlungen des gestrigen Tages noch, daß eine weitere Resolution genehmigt wurde, die sich darüber beschwert, daß trotz der hohen und in den letzten Jahren noch gesteigerten Unternehmergewinne die Löhne der Bergarbeiter nicht genügend erhöht wurden. Die Resolution fordert weiter, daß das Nullen von Kohlen auf das geringste Maß beschränkt und vor allem jede Doppelstrafe, durch Nullen und Geldstrafe, unterlassen werde. Zur Begründung dieser Forderungen wurde unter anderem mitgeteilt, daß allein im Bezirk Oberhausen im Jahre 1899 44,565 Wagen, 1900 54,716 Wagen und 1901 sogar mehr als 100,000 Wagen genullt worden seien; an Strafgeldern seien im Bezirk Oberhausen 54,247 Mark über Bergleute verhängt worden.

• Recht interessante Dinge bekamen die Teilnehmer an der in Lübeck am Sonnabend abgehaltenen Hauptversammlung des **Alldeutschen Verbandes** zu hören. Die pièce de résistance dieser Tagung war eine Resolution, die eine **Festsetzung Deutschlands in Marokko** für unerläßlich erklärt. Kurz angebunden sagt sie:

„Der Alldeutsche Verband ist der Ueberzeugung, daß die politischen und wirtschaftlichen Interessen des deutschen Reiches zwingend eine Erwerbung des atlantischen Gebietes Marrokkos fordern. Er empfindet es als eine demütigende Nichtbeachtung des deutschen Reiches, daß es bei den Verhandlungen Englands und Frankreichs über die Zukunft Marokkos beiseite gelassen und offenbar wie eine Macht dritten Ranges behandelt worden ist. Der Alldeutsche Verband fordert die Regierung auf, die deutschen Interessen in Marokko zu wahren, und würde es für eine unverantwortliche Versündigung gegen die dauernden Interessen des deutschen Volkes halten, wenn die Reichsleitung die im Augenblick gebotene Gelegenheit versäumen würde, die deutschen Ansprüche auf Marokko durchzusetzen und daselbst festen Fuß zu fassen."

Daß das leichter gesagt als getan ist, sieht die Herren um Hasse nicht an. Leicht beieinander wohnen die Gedanken, und Ideologen wollen nie etwas davon wissen, daß sich hart im Raume die Sachen stoßen. Nicht minder interessant als diese marokkanischen Annexionsgelüste des Alldeutschentages war eine kritische Betrachtung der gegenwärtigen politischen Lage, die Herr Hasse, der Spiritus rector des Ganzen, anstellte. Wir citieren einige Sätze seiner Darlegungen:

Für deutsche Männer sei es jederzeit unerträglich gewesen, auf unbekannten Wegen einem unbekannten Ziele entgegengeführt werden zu sollen. Wir tragen gern und willig die schwere Rüstung des Vaterlandes. Aber wir wollen unseren Hochzielen nachstreben dürfen, wir wollen in den Angelegenheiten des Reiches mit raten und mit taten, und wir wollen den zur Rechenschaft ziehen können, der der Verfassung gemäß auch für einen falschen Kurs des Reichsschiffes verantwortlich ist. (Lebhafter Beifall.) Unsere öffentlichen Einrichtungen haben sich seit 1890 bereits so sehr an das persönliche Regiment gewöhnt, daß das Reichsschiff während einer Reise des Kaisers in das Ausland still zu stehen schien, daß unsere Staatsmänner in diesem Zwischenzustand, in dieser „kaiserlosen, schrecklichen Zeit" nichts zu tun wagten, und daß man die Rückkehr des Kaisers als eine Erlösung empfand. (Heiterkeit und Beifall.) Es seien nicht etwa „Reichsfeinde", auch nicht etwa „alldeutsche Nörgler", sondern es seien die staatserhaltenden Elemente unseres Volkes, die heute den heißesten Wunsch hätten, der Kaiser möge sich solche verantwortliche Ratgeber wählen, die den Mut hätten, ihn zu bitten, wenigstens die Hälfte des Jahres in seiner Residenz zu weilen, um ihm dort in aller Oeffentlichkeit täglich und ohne das Dazwischentreten von Höflingen und Kabinettsräten unmittelbar Vortrag erstatten zu können über die öffentliche Meinung, und die den Mut besitzen, im Falle gänzlicher Nichtbeachtung ihrer politischen Ratschläge um ihre Entlassung zu bitten. (Großer Beifall.)

Ausnahmsweise wird man in diesem einen Punkte den Alldeutschen beistimmen können. Die mehr oder minder weitgehende Ausschaltung des verantwortlichen Reichsministers aus der tatsächlichen Leitung unserer Politik führt vor allem auch zu einer Beschränkung des Kritikrechts des Volkes und der Volksvertretung.

• Aus **Konstantinopel** wurde kürzlich die **Verhaftung** eines Schwiegersohnes des Sultans gemeldet. Genannt wurde Kemal Pascha, ein Sohn des verstorbenen Ghazi Osman Pascha. Tatsächlich handelte es sich bei jener Verhaftung nicht um einen Schwiegersohn, sondern um einen jüngeren Bruder des Sultans, den Prinzen Ahmed Kemaleddin Effendi, dessen ganzer Hofhalt aufgelöst wurde. Anscheinend handelt es sich bei der Angelegenheit weniger um eine politische als um eine Familienintrigue.

Vom Weimarer Goethe-Tag.

∞ **Weimar**, 28. Mai.

Die wichtigsten Punkte aus der diesjährigen Generalversammlung der Goethe-Gesellschaft sind bereits in einem Telegramm genannt worden. Es bleibt noch hinzuzufügen, daß der Vorsitzende, Geheimer Hofrat Dr. Ruland mitteilte, daß die Goethe-Gesellschaft der Herder-Stiftung 10,000 Mark als Geschenk überweisen wird. Die Goethe-Bibliothek hat durch die Alexander Meyer-Cohn-Stiftung einen Zuwachs von 127 Bänden, das Goethe-Archiv aus dem gräflich Voßischen Besitz eine Bereicherung um Briefe Herders, Jean Pauls und Schlegels erhalten. In seinem Bericht über das Goethe-Nationalmuseum kam Dr. Ruland ausführlich auf den Kampf um die Mauer am Goethehäuschen Garten zu sprechen und gab der Befriedigung Ausdruck, daß der Plan der Niederreißung gescheitert sei. Von den einzelnen Anträgen wurde der des Regierungsrats Dr. Heydenreich befürwortend erledigt, eine erschöpfende Darstellung über Staatswirtschaft und Verwaltung des weimarischen Landes unter Karl August mit besonderer Berücksichtigung der Tätigkeit Goethes als Staatsminister zu schaffen. Ein Antrag Köster wurde dahin angenommen, von dem Nachlasse Joseph Kürschners diejenigen Werke bei der am Montag in Leipzig stattfindenden Auktion zu ersteben, die zu einem annehmbaren Preise zu erhalten wären.

An die Generalversammlung schloß sich in üblicher Weise ein Festmahl in der „Erholung", bei dem Geh. Hofrat Ruland einen Toast auf den Kaiser und den Großherzog von Weimar ausbrachte, und Prof. Martin (Straßburg) dem Festredner, Freiherrn v. Berger Dank für seinen Vortrag aussprach. Abends wurden im Hoftheater Goethes Jugendwerke „Die Laune des Verliebten" und „Die Mitschuldigen" unter Regie Karl Weisers mit gutem Humor zur Aufführung gebracht.

Aus dem Festvortrage, den der Leiter des Hamburger Schauspielhauses, Frhr. Dr. Alfred v. Berger über das Thema „Goethe und die Schauspielkunst" hielt, sei folgendes wiedergegeben: Das deutsche Theater, unter welchem Begriffe die dichterischen wie die darstellerischen Potenzen, die auf der Bühne in eine gemeinsame Schöpfung zusammenfließen, verstanden werden mögen, befindet sich heute in einem Zustand, der mannigfaltige Vergleichspunkte bietet mit jenem, den Goethe vorfand, als er im Bunde mit Schiller mit starker, erziehender Künstlerhand in seine Entwickelung ingriff. Wir haben eine Periode durchlebt, in der mit einseitiger Leidenschaftlichkeit Naturlichkeit im Sinne von Wirklichkeitstreue als letztes Ziel der dramatischen Kunst verkündet und angestrebt wurde, mit wir beginnen nun zu empfinden, daß diese Art Kunst unser durch Theorien und Schlagworte auf die Dauer unbefriedigtes seelisches Bedürfnis nicht mehr befriedigt. Ein Sehnsucht nach neuer, höherer Kunst wandelt durch die Geister, und da diese Sehnsucht vorläufig in neuen Schöpfungen ihre Befriedigung nicht findet, greift sie mit frisch erwachender Empfindlichkeit auf die Werke unserer Klassiker zurück, die noch vor kurzem der Vorhut der modernen Bewegung als überlebt und abgetan gegolten hatten. Nicht aus unsicheren Mutmaßungen und Abschätzungen des geistigen Zustandes der Gegenwart folgere ich diese Tatsache, sondern aus den nüchternen Ziffern der Kassenrapporte. Allenthalben zeigt sich uns die Erscheinung, daß das unter dem Einfluß der realistischen Schule herangewachsene, zur vollendeten Darstellung ihrer Schöpfungen erzogene Geschlecht von Schauspielern den Werken der Klassiker darstellerisch nicht gewachsen ist. Die große Leistung Goethes in der Entwickelung des deutschen Theaters bestand darin, daß er eine deutsche Schauspielkunst zu schaffen strebte, die zur wirksamen Verkörperung dramatischer Werke hohen Stils geeignet war, eine Schauspielkunst, durch die der künstlerische und geistige Gehalt eines „Wallenstein", eines „Tasso" ebenso voll zu sinnlicher, szenischer und mimischer Erscheinung kam, wie dies die von ihm vorgefundene deutsche Schauspielkunst für die Stücke Iffflands, Kotzebues und Schröders zu leisten vermochte. Da wir uns in ähnlichen künstlerischen Nöten befinden, wie jene waren, die Goethe als Theaterleiter zu überwinden suchte, dürfte die genaue und vorurteilslose Betrachtung dessen, was Goethe erstrebte und erreichte, für uns im höchsten Grade anregend und fruchtbar sein.

Der Redner streifte nun die Dokumente, die uns von Goethes Bemühungen, Schauspieler in seinem Sinne heranzubilden, kunde geben, wie die 1812 verfaßten „Regeln für Schauspieler", und kam zu dem Schluß, daß diese Regeln weniger eine Vorstellung des Goetheschen Ideals der Schauspielkunst bieten, als sie uns die Vorschriften aufbewahren, in die er seine künstlerische Intention umsetzen mußte, um sie überhaupt erst mittelbar und ihre schauspielerische Aufführung lehrbar und durchführbar zu machen. Der Vortragende behandelte dann die Gegensätze zwischen Berufsschauspielern und Dilettanten, welche letzteren auch Goethe durchaus gering achtete. Mit dem Dilettantismus sei aber auch das realistische Spiel verwandt. In der Tat seien die „realistischen" Schauspieler, die in der nunmehr ablaufenden Epoche des deutschen Theaters wie Pilze zahlreich aufgeschossen seien und sich dadurch wohlfeil den Ruhm der Meisterschaft erworben haben, daß sie Rollen in dramatischen Werken natürlich zu spielen vermochten, die eigens für diese Art Darstellung abgefaßt wurden, in ihrer Mehrheit nichts als „Dilettanten ohne Lampenfieber", wie ein geistreicher Kritiker sie genannt hat. Goethes angebliches Unterdrücken der Persönlichkeiten war nichts als der Kampf gegen die schauspielerische Neigung, sich selbst zu spielen, und die Anleitung zum ernstlichen Bemühen, die Gestalt der Dichtung darzustellen, der Versuch, von der sich behaglich gehen lassenden subjektiven Natürlichkeit zur objektiven Naturtreue und gewissenhaften Verkörperung der Absicht des Poeten zu gelangen. Die Pflege einer absolut dialektfreien, sich bis in die Elemente des Wortes erstreckenden, jedem Laut das Seinige gebenden, sauberen und klangreichen Aussprache des Deutschen, auf die Goethe in Wort und Schrift zu dringen nicht müde wurde, ist das ästhetische Urphänomen der von ihm geschaffenen Schauspielkunst. Aus dem Prinzip, das sich in dieser Pflege der reindeutschen Sprachwirklichkeiten betätigt, lassen sich alle charakteristischen Merkmale des Weimarer Stils ableiten. Was das moderne Theater aus Goethes Behandlung der Schauspielkunst lernen kann, bedarf wohl kaum näherer Aus-